

Gemeinde prüft Café-Würfel im Park

Gauting erhebt Kosten für Gastronomie in Remise, Salettl oder Schloss

VON CHRISTINE CLESS-WESLE

Gauting – Die Gautinger Gemeinderäte packen ein heißes Eisen an. Das Gremium will erneut die Kosten für Gastronomie im öffentlichen Schlosspark überprüfen lassen. Zur Debatte stehen Umbaumaßnahmen in Remise, Salettl oder Schloss. In der Sitzung des Hauptausschusses brachte Bürgermeisterin Brigitte Servatius auch die Idee eines separaten kleinen Café-Würfels ins Spiel.

Den Stein hatte ein Antrag von Ulrike Deeg, Vorsitzende des Vereins „Rettet das Schlosscafé“, ins Rollen gebracht. Sie hatte 10 000 Euro Planungskosten für ein Café beantragt. 2014 läuft der Mietvertrag mit dem Unternehmen Engel & Zimmermann fürs Schloss aus, in dem früher das Schlosscafé untergebracht war. Deswegen will der Verein

wissen, ob es dort dann wieder eine Gastronomie geben kann. Auch auf die Remise haben die Freunde des Schlosscafés ein Auge geworfen. Bis 2016 gilt der Überlassungsvertrag für den Förderverein, der das Kutschenhaus im Sommer bespielt. Man müsse im Vorfeld tätig werden, forderte Beatrix Cosmovici (Grüne).

Wenn ins Schloss wieder ein Café käme, müsse man das mit dem Denkmalamt abstimmen, sagte Richard Eck (UBG). Allein die notwendigen Toiletten und Kücheneinbauten bedeuteten einen massiven Eingriff in die Bausubstanz. Eck: „Wenn das nicht genehmigungsfähig ist, müssen wir nicht weitermachen.“

Rosa Strenkert (CSU) sah das genauso: „Das muss gut durchdacht sein.“ Denn das Unternehmen, das das Schloss gemietet hat, bringe der klammen Gemeinde Steuergeld.

Um den Ruf Gautings als Gewerbestandort zu festigen, habe sie kein Interesse, die Firma zugunsten eines Cafés an die frische Luft zu setzen, ergänzte Servatius. Andererseits wolle sie aber auch nicht, dass die Freunde des Schlosscafés die Remise übernehmen. Schließlich hätten diese schon viel ehrenamtliche Arbeit, aber auch Geld ins Denkmal investiert.

Ihre Idee eines Café-Würfels erklärte die Bürgermeisterin am Beispiel der Stadt Luzern. Dort stehe am Vierwaldstätter See ein Holzwürfel, in dem es Gastronomie gebe. Dies wäre auf Gauting übertragbar. Die Gemeindeverwaltung wird sich diesbezüglich kundig machen. Jens Rindermann (Grüne) forderte, dass vor einer Entscheidung Kosten für alle Varianten auf dem Tisch sein sollen. Einmütig wurde Ulrike Deegs Antrag danach zurückgestellt.

Bezirksregierung kassiert Tempo 30

An Ammerseestraße keine besondere Gefahrenlage

VON CHRISTINE CLESS-WESLE

Gauting – Enttäuscht ist Arthur Mattejat, Sprecher von Pro-Gauting, nach einem Gespräch im Starnberger Landratsamt. Das von der Initiative und der Gemeinderatsmehrheit beantragte Tempo 30 mit Zebrastreifen an der Ammerseestraße liege vorerst auf Eis. Denn die Regierung von Oberbayern verlange den Nachweis eines erhöhten Gefährdungspotenzials im Bereich von Grundschule, Hort und Evangelischem Kindergarten.

Mit Bürgermeisterin Brigitte Servatius, Landrat Karl Roth, Kreisverkehrsmanagerin Susanne Münster und Hans Herde vom Familienverband hatte Mattejat über die Lage an der Ammerseestraße gesprochen. Das Argument Schule reiche den Kreisvertretern nicht aus, um dort

Tempo 30 anzuordnen, bedauert der Pro-Gauting-Sprecher. Unverständlich ist für ihn zudem, dass für den Bereich, in dem Mädchen und Buben den ganzen Nachmittag die stark befahrene Staatsstraße überqueren, keine besondere Gefahrenlage vorliege. Dennoch bleibt es dort bei Tempo 50. Nun werde Bürgermeisterin Servatius einen Rechtsanwalt beauftragen, der die Gefahrenlage hieb- und stichfest erläutere. Pro-Gauting werde unterstützend tätig, sagt Mattejat. Münster habe im Gespräch argumentiert, dass die rund 300 Mädchen und Buben auch über den Park & Ride-Platz zum Schul- oder Hortgebäude marschieren könnten. Doch da hätten die Kinder nicht einmal ein Gehweg, hält Mattejat dagegen.

Einen Teilerfolg verbuchte Pro-Gauting bei der Unter-

führung in Königswiesen. Da würden Landratsamt und Kommune eine gemeinsame Lösung anstreben, berichtete Mattejat. In der Unterführung an der Hauser Straße werde ein Gehweg für Schulkinder gebaut – auf Kosten der Gemeinde, bestätigt Kreissprecherin Barbara Beck. Das Landratsamt stimme dieser Lösung grundsätzlich zu. „Es lag uns sehr am Herzen, dass wir gleich anfangen können“, betont Servatius. An der Engstelle werde der Verkehr künftig einspurig mit Ampel geregelt.

Im Gespräch mit dem Landrat sei zudem zugesichert worden, dass die Königswieser Unterführung, die die Bahn demnächst erneuert, weder verbreitert noch erhöht wird. Schwerlasten hätten damit auch in Zukunft keine Chance, durch den ruhigen Wohnort zu fahren.